

Die russische Obsession mit der Sicherheit

Der hohe Anteil an Ausgaben für Schutz spiegelt die Renten-Ökonomie und bremst die Wirtschaft

Sicherheitsleute sind in Russland allgegenwärtig. Die Effektivität der Schutzvorkehrungen wird aber bezweifelt. Die hohen Ausgaben für Sicherheit sind ein Zeichen für die Verteilung der Einkünfte aus den Rohstoffen.

Von unserem Wirtschaftskorrespondenten in Moskau, Gerald Hosp

In Russland gibt es keine Sicherheit – zumindest sprachlich. Das russische Wort für Sicherheit bedeutet «ohne Gefahr» («besopasnost»), der Normalzustand ist aber wohl die Gefahr («opasnost»). Linguistische Feinheit oder nicht, wer schon einmal in Russland war, kennt die russische Vernarrtheit in Sicherheitsvorkehrungen. Es gibt kaum Bürogebäude und Behörden, bei denen man nicht durch eine Sicherheitsschleuse muss. Auf alle Fälle steht immer ein Wachmann am Eingang, der mit grimmiger Miene fragt, wohin man denn wolle. Auch Geschäfte, Restaurants, Wohnhäuser, Kinos und Theater lassen sich aufmerksam bewachen. Der liberale Ökonom Wladislaw Inosemzew spricht im Gespräch von einer Sicherheitsobsession in Russland.

Belastung der Produktivität

Inosemzew ist der Überzeugung, dass ein Grund für die niedrige gesamtwirtschaftliche Produktivität in Russland die hohe Anzahl an Personen ist, die im privaten und staatlichen Sicherheitsbereich beschäftigt sind. Russland kennt bereits die auszehrende Belastung von hohen Sicherheits- und Militärausgaben. Die Sowjetunion hatte sich im Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten wirtschaftlich übernommen. Es ist schwierig, eine Zahl für die Höhe der Ausgaben, die im Zusammenhang mit privater und staatlicher Sicherheit stehen, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) anzugeben. Inosemzew schätzt aber, dass rund 4 Mio. Personen in staatlichen Sicherheitsstrukturen (Militär, Polizei, Justiz und Geheimdienste) und rund 700 000 Personen in privaten Sicherheitsdiensten beschäftigt sind. Ein Branchenvertreter geht von bis zu 1 Mio. privater Sicherheitsleute in ganz Russland aus.

Igor Klikow, der ein Koordinationskomitee aus staatlichen und privaten

Akteuren leitet und dem Verband der nichtstaatlichen Sicherheitsstrukturen vorsteht, gibt die Anzahl der in Moskau im privaten Bereich beschäftigten Personen mit gut 156 000 an. Gemäss diesen Zahlen sind rund 6% bis 7% der arbeitsfähigen Bevölkerung mit Sicherheitsaufgaben betraut. In der russischen Stahlindustrie beispielsweise, die rund 3% des BIP erwirtschaftet, sind 1 Mio. Personen (1,3% des Arbeitskräftepotenzials) beschäftigt. Die Haushaltsausgaben für die Armee und die Behörden der Rechtsdurchsetzung werden für das Jahr 2008 offiziell mit rund 25% des Gesamthaushaltes und mit 4,5% des BIP angegeben. Inosemzew stellt vielen Wachmännern kein gutes Zeugnis aus: Sie böten keine Sicherheit, aber sie arbeiteten und bezögen Lohn. Dadurch würden auch produktiven Unternehmen Arbeitskräfte entzogen. Das grössere Problem hinter diesem Phänomen sei jedoch der Umstand, dass in Russland keine neuen Arbeitsplätze entstünden. So spiegelt die hohe Anzahl an Beschäftigten in der Sicherheitsbranche auch die Renten-Ökonomie Russlands, in der es mehr um die Verteilung und die Sicherung der Einkünfte aus der Nutzung von Rohstoffen als um eine produktive Wirtschaftsstruktur geht.

Die grosse Nachfrage nach Sicherheit könnte aber auch aufgrund eines tatsächlichen Bedürfnisses bestehen. Im Friedens-Index der Organisation Vision of Humanity für das Jahr 2009 rangiert Russland als Nummer 136 von 144 Ländern, zwischen Simbabwe und Pakistan. Für den Index werden Daten zu laufenden externen und internen Konflikten, zur Sicherheit in der Gesellschaft und zum Ausmass der Militarisierung des Landes berücksichtigt. Russland hat nach den Vereinigten Staaten und China in absoluten Zahlen die drittgrösste Gefängnis-Population, relativ zur Einwohnerzahl belegt Russland den zweiten Platz in der Welt. Die Anzahl der registrierten Verbrechen ist von 2001 bis 2008 laut dem Statistikamt Rosstat insgesamt um rund 8% gestiegen, in den vergangenen Jahren sank jedoch die Zahl der Delikte.

Der Zusammenhang zwischen Verbrechensrate und Sicherheitsvorkehrungen ist jedoch nicht eindeutig. Mehr Polizei kann beispielsweise zu mehr sichtbarer Kriminalität führen; nur schon dadurch, weil mehr Verbrechen durch die zusätzlichen Schutzleute registriert werden. Mehr Polizei kann

aber auch auf eine tatsächliche Steigerung der Verbrechensrate hinweisen. Die hohen Ausgaben für Sicherheit haben bisher aber offenbar noch nicht zu weniger Bedrohung geführt. Wie auch immer, die Sicherheitsbranche in Russland lebt auch von einer – im Ökonomen-Jargon so genannten – angebotsinduzierten Nachfrage: Mehr Sicherheitsagenturen legen grössere Investitionen in die Sicherheit nahe. Sergei Tarabrin, stellvertretender Geschäftsführer der Agentur Kedr, erzählt von einer Dreiteilung des Marktes für Sicherheit in Moskau: Die grösste Anzahl der rund 5500 privaten Agenturen seien von Unternehmen zum Schutz des eigenen Geschäfts gegründet worden. Rund 80% der Gesellschaften gehörten zu dieser ersten Gruppe.

Die zweite Gruppe bestehe aus Einheiten, die in den frühen 1990er Jahren vornehmlich gegründet worden seien, um legal Waffen zu tragen. Diese Agenturen würden auch für kriminelle Aktivitäten genutzt. Die dritte Gruppe umfasse private Unternehmen, die auf marktwirtschaftlicher Basis Sicherheitsdienstleistungen anböten. Dazu gehöre die Agentur Kedr, die Einkaufszentren, Industriebetriebe und Staatsgesellschaften zu ihren Kunden zählt. Die Grenzen zwischen den Gruppen seien aber nicht klar gezogen. Daneben gibt es noch staatliche Sicherheitsstrukturen, die auch privaten Unternehmen Schutzdienstleistungen anbieten.

Tarabrin berichtet von einem neuen Gesetz für Sicherheitsdienste, das ab Januar 2010 gültig sein wird. Damit soll mehr Ordnung in das Geschäft der privaten Sicherheitsdienste gebracht werden, indem unter anderem die Eigentümerschaft offengelegt und das Stammkapital erhöht werden muss. Laut der neuen Gesetzeslage werden Sicherheitsabteilungen in Unternehmen (erste Gruppe) untersagt, es müssen eigenständige Einheiten gegründet werden. Ein Grund für das Gesetz sei auch der Wildwuchs der zweiten Gruppe gewesen, die für sogenannte Raider-Attacken auf Unternehmen in den vergangenen Jahren verantwortlich gewesen seien. Solche Attacken können physische Gewalt, Einschüchterungen und juristische Winkelzüge umfassen. Raider-Beutezüge werden teilweise auch von staatlichen Stellen gestützt, für die es ein einträgliches Geschäft sein kann. Tarabrin meint, dass die Regierung mit den Antikorruptionsmassnahmen die-

ses Problem eliminieren möchte; Gerüchte über Schmiergelder machten aber immer noch die Runde.

Klikow, der Präsident des Verbandes der nichtstaatlichen Sicherheitsstrukturen, ist der Überzeugung, dass das Gesetz die Qualität der privaten Dienstleister erhöhe und die Legalität sichere. Ab nächstem Jahr soll es den Agenturen auch untersagt sein, die eingesetzten Waffen zu besitzen. Diese müssen vom Staat geliehen werden. Dadurch soll die Kontrolle über den Waffeneinsatz verstärkt werden. Tarabrin unterstützt den Versuch, mehr Seriosität ins Geschäft zu bringen.

Neue Geschäftsfelder

Die Arbeit wird der Agentur Kedr so schnell nicht ausgehen. Der neueste Geschäftszweig sei die Bereitstellung von Informationen über Unternehmen. Die Daten seien alle offen und legal erhältlich, aber schwer zugänglich. Die Nachfrage sei aufgrund der Intransparenz des russischen Geschäftslebens sehr gross. Die Sicherheitsagentur selbst scheut jedoch das Scheinwerferlicht: Tarabrin empfängt vor dem unscheinbaren Bürogebäude in einem Moskauer Aussenbezirk, das Gespräch findet in einem Café statt. Die Frage, wer denn die Gründer von Kedr seien, will er nicht beantworten. Ob seriös oder nicht, allzu viele Sicherheitsagenturen sind ein schlechtes Zeichen für den Entwicklungsstand einer Wirtschaft.